Deutsche Allgemeine Zeitung

(früher „Norddeutsche Allgemeine Zeitung").

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 9,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 68, Wilhelmstraße 32.
Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 73 III.
Fernsprecher: Schriftleitung: Zentrum 614, 964, 965, 1580, 1582, 1583 Für Nachtgespräche 1580 Geschäftsleiter Amt Lützow 1902, 3248, 3394
Postscheckkonto: Berlin 25 432.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigengeschäfte zum Grundpreise von 1 Mark für die nonpareillepflichtige Zeile im Anzeigenteil und 3 Mark für die viergespaltene Zeile im Reklameteil entgegen. Stellengesuche und Familienanzeigen die Zeile 50 Pf. Anträge sind zu richten an die Anzeigen-Abteilung, Berlin SW. 68, Wilhelmstraße 32.

Nr. 58. [58. Jahrgang.] Dienstag 4. Februar 1919. Abend-Ausgabe. [58. Jahrgang.] Nr. 58.

Der Vertrag von Bukarest.

Havas-Meldung.

Paris, 4. Februar.

„Temps" veröffentlicht den Text des Vertrages von Bukarest, der zwischen Frankreich, Italien, England, Rußland und Rumänien geschlossen wurde. Durch diesen Vertrag verpflichtet sich Rumänien, Oesterreich-Ungarn anzugreifen, und die in Frage kommenden Mächte erkennen Rumänien das Recht zu, die österreichisch-ungarischen Gebiete, welche der Vertrag bezeichnet, zu annektieren. Rumänien verpflichtet sich dagegen, gegenüber von Belgrad keine Befestigungen anzulegen und in dieser Zone nur die notwendigen Polizeitruppen zu halten. Das dem Vertrag beigefügte militärische Uebereinkommen bestimmt im

Artikel 1: daß Rumänien sich verpflichtet, am 15. August 1916, acht Tage nach der Offensive von Saloniki, Oesterreich-Ungarn anzugreifen.

Artikel 2: Es wird festgesetzt, daß die russische Armee die rumänische Mobilisierung durch einen kräftvollen Vorstoß, besonders in der Bukowina, erleichtern wird und daß die russische Flotte die Häfen und Küsten Rumäniens beiwachen wird. Ferner, daß sie den Hafen von Constanza besetzen kann.

Artikel 3: Rußland verpflichtet sich, im Augenblick der rumänischen Mobilisierung zwei Divisionen Infanterie und eine Kavalleriedivision in die Dobrudscha zu senden, die mit der rumänischen Armee gemeinsam gegen die bulgarische Armee vorgehen sollen. Acht Tage vor seinem Eintritt in den Krieg wird Rumänien auf dem Wege über Rußland von den Alliierten Munition und Kriegsmaterial empfangen.

Artikel 8: Keine der gemeinsam operierenden Heeresgruppen ist der anderen untergeordnet.

Artikel 9: Der Hauptzweck des rumänischen Unternehmens besteht darin, in Siebenbürgen in der Richtung nach Budapest einzurücken. Die russischen Truppen, welche gemeinsam mit der rumänischen Armee operieren, werden unter dem Befehl des Chefs dieser Armee stehen.

Die Deutsch-Böhmen an die Nationalversammlung.

Wien, 3. Februar. Die Deutsch-Böhmische Landesversammlung beschloß einstimmig unter Hellrufen gemäß einem von sämtlichen Parteien gestellten Antrage, an die Deutsche Nationalversammlung folgendes Begrüßungstelegramm nach Weimar zu richten:

„Die durch die Gewalttätigkeiten der Tschechen aus ihrer Heimat vertriebene und daher in Wien tagende deutsch-böhmische Landesversammlung entbietet der neugewählten deutschen Nationalversammlung in Weimar ihren innigen freundschaftlichen Gruß und gibt ihrer freudigen Genugtuung darüber Ausdruck, daß das deutsche Volk in der Zeit der größten Bedrängnis die Kraft und die Energie gefunden hat, sich eine legitime gesetzgebende Vertretung auf wahrhaft demokratischer Grundlage zu schaffen. Die besseren Wünsche der deutsch-böhmischen Landesversammlung begleiten sie bei ihrem Werk, dem Aufbau der nationalen und wirtschaftlichen Zukunft unseres großen gemeinsamen Vaterlandes. Die deutsch-böhmische Landesversammlung hofft voll freudiger Zuversicht, daß in naher Zeit das Volk Deutsch-Oesterreichs, insbesondere Deutsch-Böhmens mit seinen Brüdern im Reiche im großen einheitlichen Nationalstaat vereinigt wird und bald seine Vertreter in der Nationalversammlung Deutschlands an der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes werktätig mitarbeiten werden."

In Besprechung der politischen Lage schilderte Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. von Langenhan die tschechischen brutalen Gewaltakte in Deutsch-Böhmen, appellierte an die deutsch-böhmische Bevölkerung, auszuharren.

Sozialdemokrat Germak begrüßte die Absendung des Telegramms an die deutsche Nationalversammlung und erklärte, für die deutsch-böhmische Arbeiterschaft handele es sich bei dem Anschluß an Deutschland nicht etwa um die Erfüllung eines politischen Ideals, sondern nur um die Interessen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Auch der Nationalsozialist Knirsch wies auf das einmütige Verlangen der Arbeiterschaft nach Anschluß an das Deutsche Reich hin.

Wien, 4. Februar. Wie die Blätter melden, erklärte Bürgermeister Weißkirchner gestern in einer christlich-sozialen Wählerversammlung: Der Anschluß an Deutschland ist der Traum der deutschen Jugend seit Jahrzehnten. Ich verwahre mich dagegen, daß unsere Partei irgendwie dagegen wäre, wir müssen aber zuerst die Bedingungen aufstellen, unter denen wir uns anschließen können, um die wirtschaftliche Stellung für unseren Staat, vor allem für Wien, zu erlangen.

Der österreichische Gesandte Dr. Hartmann im deutschen Staatenausschuß.

Wien, 3. Februar. Die Deutsche Reichsregierung hat die Regierung von Deutsch-Oesterreich eingeladen, in den zu bildenden Staatenausschuß einen Delegierten zu entsenden. Der Staatsrat beschloß, diese Einladung bereitwillig anzunehmen und für den Fall, daß der deutsche Verfassungsentwurf von der deutschen Nationalversammlung angenommen wird, den deutsch-österreichischen Gesandten Dr. Hartmann mit der Vertretung im deutschen Staatenausschuß zu betrauen.

* * *

Der österreichische Staatssekretär Dr. Bauer hat für die Einladung, an der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar teilzunehmen, telegraphisch gedankt und grundsätzlich seine Bereitwilligkeit dazu erklärt, daß österreichische Delegierte an den Besprechungen der Verfassungsvorlage mit beratender Stimme teilnehmen und auch ihrerseits Vorschläge machen. Als Delegierter wird Gesandter Dr. Hartmann nach Weimar gehen, der auch bisher an den Beratungen des Verfassungsentwurfes im Reichsamt des Innern teilgenommen hat. Ob noch andere österreichische Vertreter kommen, ist zur Stunde noch nicht bekannt.

Kampfbeginn in Bremen.

Vorrücken der Regierungstruppen. — Die ersten Zusammenstöße.

Der Einmarschbefehl der Regierung.

Eigene Drahtmeldung.

R. Weimar, 4. Februar.

Da die Bremer Machthaber das am Freitag in Berlin getroffene Abkommen mit der Reichsregierung nicht innegehalten haben, wurde gestern nacht von den Volksbeauftragten an die Division Gerstenberg der Befehl zum Einmarsch in Bremen gegeben, mit dessen Ausführung sofort begonnen wurde.

V. Bremen, 4. Februar.

Der Angriff der Division Gerstenberg auf Bremen hat nunmehr begonnen, nachdem von Weimar aus der Befehl zum Einmarsch erteilt worden ist. In der Nacht wurde die Einschließung Bremens vollendet. Gestern abend waren bereits die Süd-, Ost- und Nordostfront von den Truppen der Division besetzt. Es war nur noch der Weg nach Westen frei. Die Bahnverbindung war auf allen Linien unterbrochen mit Ausnahme der nach Wilhelmshaven, die aber auch bereits von den Patrouillen kontrolliert werden konnte. Trotzdem ist es den Spartakisten möglich gewesen, aus Wilhelmshaven noch Züge mit Verstärkungen hereinzubringen. Für heute vormittag war der Einmarsch befohlen worden. Er erfolgte von allen Teilen aus konzentrisch gegen die Stadt. Die Division ist im Anmarsch. Der Stab hat Verden verlassen und ist den vormarschierenden Truppen gefolgt.

Im Laufe des Vormittags haben sich die seit dem Morgen im Gange befindlichen Geplänkel zu einem Kampf auf der ganzen Linie ausgewachsen. Aus allen Vororten donnern um 12 Uhr die Kanonen. In der Stadt hört man von allen Seiten das Krachen der Salven und das Knattern der Maschinengewehre. Die Regierungstruppen sind in einzelne Teile der vorgelagerten Stadtteile eingedrungen. Auf der Neustadtseite ist der Kampf in nächster Nähe der städtischen Häuser im Gange. Der Ausgang des Kampfes ist noch nicht vorauszusehen, doch ist wohl soviel klar, daß die Machtfrage heute durch die Waffen zur Entscheidung gebracht wird.

* * *

Nach einer späteren Meldung hat der Einmarsch der Truppen in Bremen begonnen. Die zuständigen Berliner Stellen hoffen, daß es ohne erheblichen Aufwand gelingen wird, die Absichten der Regierung, die sich auf das unbedingt Gebotene beschränken, durchzusetzen. Es scheint sich die Voraussicht zu erfüllen, daß die Ablieferung der Waffen durch die organisierte militärische Macht der deutschen Republik ohne große Hindernisse durchgeführt werden kann, wenn die Putschisten einen energischen Willen sehen.

T. U. Bremen, 4. Februar.

In der letzten Nacht sind aus Hamburg und Bremerhaven Verstärkungen für die Bremer Arbeiter eingetroffen, und zwar kamen in Geestemünde von Bremerhaven 2000 Mann. Wie stark die Hamburger Hilfstruppen sind, ist noch nicht bekannt. Angeblich sollen 2000 Soldaten unterwegs sein. In der Nacht wurden von der Arbeiterschaft weitere umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen getroffen. So wurden auch einige Geschütze an die „Front" geschafft. Zahlreiche Sanitätswagen begeben sich seit heute früh in die Kampflinie.

Oberst Gerstenberg hat in Verden bekannt gegeben, daß die Schützenbrigade Stobbe mit starken Minenwerfern, Batterien und schwerer Fußartillerie nach Verden im Anrücken sei. Die Regierungstruppen haben alle Vorkehrungen getroffen, um sich gegen Ueberraschungen von Hamburg zu sichern.

* * *

Charakteristisch ist, daß die Mehrheitssozialisten, die um des Friedens willen einen Vermittlungsvorschlag zwischen den Extremen und der Division Gerstenberg machten, infolge der kompromittierenden Unzuverlässigkeit und Halsstarrigkeit der Linksradikalen am Montag beim Stabe der Division Gerstenberg erklärten, daß sie den Einmarsch für unbedingt notwendig halten.

Kundgebung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats.

Die gestern abend in Hamburg abgehaltene gemeinschaftliche Sitzung des großen Arbeiterrates und des großen Soldatenrates, von der die bürgerliche Presse ausgeschlossen wurde, beschloß, am Mittwoch Kundgebungen für Bremen in Massenversammlungen aller drei sozialistischen Parteirichtungen zu veranstalten. In diesen Versammlungen soll die Uebereinstimmung darüber zum Ausdruck gebracht werden, daß das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber Bremen verurteilt wird, weil man in diesem Vorgehen eine „Gefährdung der Errungenschaften der Revolution" erblickt, und daß man den Bremer Arbeitern jeden Beistand in der Bekämpfung der „militärischen Reaktion" zusichert. Die Sitzung wurde unterbrochen von einer Bevollmächtigtenabordnung, die ihre abweichende Meinung gegenüber der im Arbeiterrate gefaßten Resolution Dr. Laufenberg kundgab und erklärte, daß die Beamten bei Aufrechterhaltung und Durchführung dieser Entschließung in den Streik treten würden.

Schwere Spartakusausschreitungen in Magdeburg.

F. Magdeburg, 4. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Zu schweren Raubüberfällen von bewaffneten Spartakusgesindel kam es in der vergangenen Nacht. Etwa 60 bis 80 die an die Zähne bewaffnete und von Maschinengewehren gedeckte Mannschaften zertrümmerten am Landgerichtsgebäude alle Tore und Türen, befreiten etwa 150 Gefangene und raubten alle Lebensmittel und sogar die Decken aus den Zellen. Hierauf zog der Trupp nach der Geschäftsstraße der Stadt, dem Breiteweg, zertrümmerte in vier Konfektionsgeschäften und in einem Uhrengeschäft die Schaufenster und raubte die Läden bezw. Schaufenster aus. Der Schaden beträgt mehrere 10 000 Mark. Die Wachmannschaften waren zunächst der Bande gegenüber machtlos, konnten aber später einige Verhaftungen vornehmen.

Zunahme der Kohlenförderung in Oberschlesien.

Wie wir von unterrichteter Seite vernehmen, hat sich die Situation auf den oberschlesischen Zechen im Laufe des gestrigen Tages weiter gebessert. Nur auf drei Gruben wird noch gestreikt. Unter diesen befindet sich allerdings ein sehr großes Unternehmen. Auf einer Anzahl weiterer Zechen sind die Belegschaften teilweise eingefahren, auf den meisten jedoch haben sie sich vorläufig zur Arbeit eingefunden. Allerdings ist trotz der Wiederaufnahme der Arbeit durch die Mehrzahl der Arbeiter die Förderung noch verhältnismäßig gering, denn nach wie vor zeigt sich die unerfreuliche Erscheinung, daß die Leistung des einzelnen Mannes außerordentlich stark zurückgegangen ist. Halten die gebesserten Verhältnisse weiter an, das heißt, gelingt es den bolschewistischen und polnischen Hetzern nicht, die Glut, die immer noch unter der Asche glimmt, zu einem neuen Feuer anzufachen, so ist zu erwarten, daß die Hütten- und Walzwerke, die in den letzten Tagen ihre Betriebe ganz oder teilweise stillegen mußten — wir berichteten dies heute u. a. von dem Rohwalzwerk der Königs- und Laura-Hütte — auch bald zu einer Wiederaufnahme der Arbeit schreiten werden.

Die deutschen Vermögen in Feindesland.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist die dem französischen Blatte „Echo de Paris" entnommene Meldung über eine Verweigerung des Paßvisums für Mitglieder einer französischen Kommission nicht zutreffend. Das berührt jedoch nicht den Standpunkt, den die deutsche Reichsregierung in der Frage des feindlichen Vermögens in Deutschland und der Herausgabe deutschen Vermögens in Feindesland gestern dargelegt hat. Im Zusammenhang damit ist immer wieder zu betonen, daß von feindlicher Seite zuerst am 27. Januar 1916 eine Verordnung gegen deutsche Vermögen in Feindesland erschien, und daß die deutsche Gegenmaßnahme erst ein halbes Jahr später, am 31. Juli 1916 erfolgte.

Streik des Bürgertums in Düsseldorf.

Eigene Drahtmeldung.

R. Düsseldorf, 4. Februar.

Die ungeheuren Zustände, wie sie sich unter der Herrschaft der Spartakisten in Düsseldorf herausgebildet haben, führen jetzt dazu, daß die Bürgerschaft den Weg der Selbsthilfe beschreiten will. Die bürgerlichen Gruppen, darunter namentlich die Beamten der öffentlichen Behörden, die Aerzte, die Apotheker, die Bankbeamten, die Handwerkerinnungen, die kaufmännischen Vereine, die Presse, die Rechtsanwälte und andere Gruppen haben an den Vollzugsausschuß des Arbeiterrates in Düsseldorf ein bis heute nachmittag 5 Uhr laufendes Ultimatum gerichtet, in dem gefordert wird die absolute Presse- und Versammlungsfreiheit, die freie und ungehinderte Wahl zur Stadtverordnetenversammlung und die Anerkennung des Ergebnisses dieser Wahl, ferner die Fortführung der Geschäfte der Stadt durch die gesetzlichen Vertretungen unter Angliederung eines ehrenamtlichen Volksrates. Wenn bis heute nachmittag diesen Forderungen nicht nachgekommen ist, so werden die genannten Organisationen sofort in den Generalstreik eintreten. Das gleiche geschieht, auch wenn der Vollzugsausschuß gegen irgendeine Person, die mit den Organisationen in Verbindung steht, oder gegen eine öffentliche und private Staat Gewalt ausübt oder Bürger als Geiseln verhaftet. Die Bürgerschaft wird gleichzeitig ersucht, an die Gewalthaber keine Zahlungen zu leisten, besonders die Steuerzahlungen so lange aufzuschieben, bis die gesetzliche Ordnung der Verwaltung und die gesetzliche Verwendung der Gelder gewährleistet ist. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß der Oberbürgermeister entsetzen sei, und an seine Stelle habe sich, gestützt auf die Gewalt und auf ungesetzlichem Wege, ein Mann gesetzt, der der Bevölkerung ganz unbekannt sei und über dessen Betätigung die Bevölkerung nichts wisse. Riesige Ausgaben seien bis jetzt gemacht worden, ohne daß eine gesetzliche Vertretung der Bürgerschaft gefragt worden sei. Der Kredit der Stadt sei infolge der ungeordneten Zustände vernichtet und Düsseldorfs Finanzwirtschaft stehe.

Der innere Kampf.

In diesen Tagen tritt in Weimar die Nationalversammlung zusammen, die uns erretten soll aus den allmählich unhaltbar gewordenen Zuständen des Uebergangs. Dabei müssen wir uns aber bewußt bleiben, daß es noch harter Arbeit bedarf, ehe wir wieder völlig geordnete Zustände geschaffen haben werden. Und wir müssen, wenn wir dazu gelangen wollen, den zähen Willen beweisen, Widerstände, die sich entgegenstellen, rücksichtslos zu beseitigen. Widerstände auch, die uns aus den eigenen Reihen in den Rücken sollen. Die Regierung hat bewiesen, daß sie diesen Willen besitzt, und ihr energisches Vorgehen gegen die mancherlei Gefahren, die sich im Westen sowohl wie im Osten des Reiches geltend machten, hat ihr die Zustimmung des weitaus größten Teiles der Bevölkerung geschaffen, die sich darnach sehnt, die heutigen Zustände möglichst schnell zu überwinden. Man darf sich aber nicht verhehlen, daß gleichwertig einem offenen Aufstehen gegen die Schaffung der Ordnung jenes stille Wühlen angesehen werden muß, daß von radikaler Seite und deren Presse tagtäglich in unverantwortlicher Weise hinausgetragen wird. Von dieser radikalen Presse, der „Freiheit", der „Roten Fahne", der „Republik" wird mit Mitteln gekämpft, die weder anständig noch ehrlich sind. Ein paar Beispiele eines einzigen Tages:

Die „Rote Fahne" versucht, der Regierung die Absicht zu unterstellen, als ob sie die verhafteten Spartakusleute einem allmählichen Hungertode zu überliefern beabsichtige. Das Blatt behauptet, die Verpflegung im Gefängnis Tegel sei eine so schlechte, daß die Gefangenen langsam verhungern müßten, wenn ihnen nicht schleunige Hilfe gebracht würde; die Gefangenen seien bereits genötigt gewesen, zu einem Hungerstreik ihre Zuflucht zu nehmen. Natürlich wäre es der „Roten Fahne" ein leichtes gewesen, nachzuprüfen, ob an dieser Sache auch nur ein Körnlein Wahrheit ist. Wahrheit? Gerade daran liegt ihr ja nichts. Sie will die Massen aufpeitschen und sie tut das, indem sie bewußt unwahre Dinge behauptet und diese der Regierung in die Schuhe schiebt. In dem Gefängnis in Tegel befinden sich etwa 170 Spartakisten. Gehungert hat von ihnen noch niemand. Sie werden genau wie alle Gefängnisinsassen verpflegt und erhalten sogar noch aus den Lebensmittelbeständen des Gefängnisses einen Zuschuß. Als Untersuchungsgefangene haben sie zudem das Recht, sich für ihr eigenes Geld mit, richterlicher Genehmigung, Lebensmittel zu kaufen, und machen hiervon zum großen Teile Gebrauch. Von einem Hungerstreik ist bisher nirgends die Rede gewesen. Die Gefangenen denken nicht an einen solchen. Und die „Rote Fahne"? Sie tischt diese ganze aus den Fingern gesogene Geschichte auf, sie ruft für die armen, hungernden Gefangenen nach der Hilfe des Proletariats, sie nennt bewußt die Vertreter der Regierung die Schuldigen. Warum? Weil ihr diese ganze Mache ein willkommenes Mittel sei, urteilslose Massen gegen die Regierung zu treiben. Ein klägliches Mittel und ein unehrliches dazu.

Nicht viel anders die „Freiheit". Dieses Blatt beschäftigt sich in einem Artikel mit der Lage in Bremen. Es stellt die Forderungen der Reichsregierung den Beschlüssen des Rates der Volksbeauftragten in Bremen gegenüber und bemerkt dazu: „Die Forderungen der Reichsregierung sind sachlich völlig erfüllt. Die einzige Differenz besteht nur noch darin, wem die Waffen auszuliefern sind. Daß um diese Frage ein Gemetzel angerichtet, die Truppen gegen die Arbeiterschaft marschieren sollten, das können wir nicht einmal der Regierung Ebert-Scheidemann zutrauen". Sollte die „Freiheit" wirklich so naiv gewesen sein, daß sie darin die einzige Differenz sieht? Es ist doch wirklich ein kleiner Unterschied, ob die Waffen von den Bremer Aufrührerischen der Division Gerstenberg übergeben werden, oder ob man sie pro forma in die Hände der Hamburger Hilfstruppe legt, um sie dann nach Abzug der Regierungstruppe sofort wieder zur Verfügung zu haben, damit das alte Spiel von neuem beginnen kann. Nein, es handelt sich wirklich nicht darum, ob hieher oder jener von den Bremern die Waffen erhält: der Zweck ist der, Ruhe und Ordnung in Bremen zu schaffen. Und es wäre eine Bankerotterklärung der Regierung, wollte sie ihre Truppe zurückziehen, ohne diesen Zweck erreicht zu haben. Die „Freiheit" aber verdreht die Dinge. Stimmungsmache gegen die Regierung. Das ist der berufene Zweck. Wahrheit oder Unwahrheit ist dabei Nebensache.

Und das sind die Blätter, die gerade in den letzten Tagen nach einer Einigung der gesamten arbeitenden Bevölkerung einschließlich derjenigen rufen, die sich zur Mehrheitssozialdemokratie zählen. Sie sind es ja, die immer wieder diese Einigung verhindern, die absichtlich einen Volkskrieg gegen den anderen hetzen, um nur ja keine Einigung zu ermöglichen. Die „Republik" prägt den bezeichnenden Satz: „Der kommende unvermeidliche Kampf zwischen den Klassen sollte zur Voraussetzung haben, daß alle einander unentbehrlich sind; nur darum sollte Streit sein, wie wir einander besser helfen können. Daraus folgt von selbst, daß der Kampf mit ehrlichen Mitteln und im freien gegenseitigen Vertrauen geführt wird, während dem heutigen politischen Kampf Vertrauen, Wahrheits- und Freiheitsliebe fast fremd sind". Wir seien, so fährt das Blatt fort, der Wahrheit entwühnt. Beruht denn aber etwa der Kampf, den führen, die Blätter der Linken, auf Vertrauen und Wahrheit?

K.

Kongreß der Zentralräte aller Armeekorps.

Am Dienstag vormittag traten die Delegierten der Soldatenräte aller deutschen Armeekorps im Herrenhause zusammen, um zu der vom Kriegsminister erlassenen Verfügung der Neuregelung der Kommandogewalt Stellung zu nehmen. 27 Armeekorps waren durch je 2 Delegierte vertreten. Die Sitzung gestaltete sich von Anfang an äußerst stürmisch. Zunächst erhoben zahlreiche Delegierte Protest dagegen, daß die Sitzung im geheimen geführt werden solle, daß man die Presse nicht zulassen wolle, während in der Einladung, die an die Korps zumeist telegraphisch, ergangen ist, die Delegierten zu einer öffentlichen Konferenz eingeladen wurden.

In seiner Eröffnungsrede wies Cohen-Reuß darauf hin, daß die Tagung nach Ansicht des Zentralrates lediglich als eine nichtöffentliche Besprechung angesehen ist, eine Ansicht, gegen die von den meisten Armeekorps sofort Einspruch erhoben wurde. Cohen-Reuß führte ferner aus, daß die Zusammenkunft lediglich einen nichtoffiziellen Charakter haben könne, da doch an einem einmal erlassenen